

Bernd Heyl
Walther-Rathenau-Straße 36

Tel.:06152/1877471
Fax:06152/1877484
e-mail: bernd.heyl@t-online.de

64521 Groß-Gerau

23.02.2012

Stellungnahme des GEW Kreisverbandes Groß-Gerau zum „Teilschul- entwicklungsplan - Oberstufe für das Mittelstufengymnasium Rüsselsheim“

In der konstituierenden Sitzung der Schulkommission des Kreises Groß-Gerau wurde den Anwesenden mitgeteilt, dass der Kreis beabsichtigt, im Rahmen eines „Teilschulentwicklungsplanes“ den bestehenden Schulentwicklungsplan dahingehend fortzuschreiben, dass am Mittelstufengymnasium Rüsselsheim eine weitere und somit die fünfte gymnasiale Oberstufe in der Stadt eingerichtet werden soll. Zur Begründung wurden die Schüler/innenzahlen des Rüsselsheimer Mittelstufengymnasiums vorgelegt und auf das – sicher berechnete – Bedürfnis von Eltern und Schülern hingewiesen, ihre gymnasiale Schullaufbahn durchgängig an der gleichen Schule absolvieren zu können. Auf Nachfrage wurde ausgeführt, dass die Planung mit dem Schulträger Rüsselsheim und dem Staatlichen Schulamt abgesprochen sei. Eine Analyse der Kapazitäten der bestehenden gymnasialen Oberstufen in Rüsselsheim lag jedoch nicht vor. Ebenso fehlte eine aktuelle Analyse des Bedarfes an Oberstufenplätzen für den Gesamtkreis Groß-Gerau und Stellungnahmen sowohl der von einer möglichen Erweiterung des Neuen Gymnasiums betroffenen Schulen des Umfeldes sowie des Schulträgers Rüsselsheim. Für die GEW reicht die vom Schulträger vorgebrachte Begründung in keiner Weise aus, um eine fachlich abgesicherte Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt zu ermöglichen.

Ziel kommunaler Schulentwicklungsplanung ist die Sicherung des benötigten Schulraumes, um ein pädagogisch leistungsfähiges Schulsystem zu ermöglichen. Über die Prognose der zukünftigen Schülerzahlen einer Bildungsregion sollen notwendige Investitionen und organisatorische Maßnahmen bereits im Vorfeld erkannt werden, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler Rechnung zu tragen. Auch im Rahmen eines „Teilschulentwicklungsplanes“ ist es daher unverzichtbar, die sich aus der Planung für eine einzelne Schule ergebenden Folgewirkungen für andere Schulen der Bildungsregion zu ermitteln und in der Planung darzustellen. Denn: „Wichtigster Baustein einer erfolgreichen Schulpolitik sind ... Kooperation und Engagement der einzelnen Schulen.“
(www.kultusministerium.hessen.de Stichwort Schulentwicklung)

Der GEW Kreisvorstand hat sich – soweit dies in der Kürze der Zeit möglich war – einen ersten Überblick über den aktuellen Stand der Schulentwicklung (weiterführende Schulen) im Kreis Groß-Gerau verschafft. Danach stellt sich die Situation wie folgt dar:

- Dem Kreisausschuss des Kreises Groß-Gerau liegt ein gemeinsamer Antrag der Luise-Büchner-Schule Groß-Gerau, der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau sowie der Martin-Niemöller-Schule Riedstadt vor, in dem der Kreis aufgefordert wird, im Rahmen der

anstehenden Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes eine Gymnasiale Oberstufe für die Schüler/innen der genannten Schulen zu errichten. Von den genannten Schulen wechseln derzeit ca. 180 Schülerinnen und Schüler auf eine gymnasiale Oberstufe. Dies ist jedoch nur ein Teil des infrage kommenden Schülerpotentials, denn von den für den Besuch einer Oberstufe geeigneten Schüler/innen der beiden o.g. Gesamtschulen verzichten nicht wenige auf diesen Schritt, da in räumlicher Nähe außer dem Beruflichen Gymnasium keine Oberstufe vorhanden ist, die konzeptionell primär an der Arbeit der Integrierten Gesamtschulen bzw. Realschulen anknüpft. Insgesamt muss davon ausgegangen werden, dass es im Südkreis einen erheblichen Bedarf an einer eigenständigen Oberstufe für die genannten Schulen gibt.

- In Rüsselsheim bieten die vier bestehenden gymnasialen Oberstufen den interessierten Schüler/innen und Schülern ein vielfältiges Angebot. Das Berufliche Gymnasium an der Werner-Heisenberg-Schule und die Gustav-Heinemann-Schule bieten als eigenständige Oberstufen allen, die dies möchten, nach der neunten bzw. zehnten Klasse die Möglichkeit, gemeinsam in einer neuen Schule neu zu beginnen. Die Immanuel-Kant- und die Max-Planck-Schule bieten die Option, die gymnasiale Schullaufbahn in einem klassischen Gymnasium fortzusetzen. Alleine die beiden letztgenannten Schulen verfügen über ausreichend personelle und sächliche Kapazitäten, die Schülerinnen und Schüler des Rüsselsheimer Mittelstufengymnasiums (ca. 100) aufzunehmen. Mit einer weiteren Oberstufe würde in Rüsselsheim ein Überangebot von Plätzen in gymnasialen Oberstufen finanziert, was auch angesichts der Finanzlage des Kreises nicht nachvollziehbar ist. Anzumerken ist weiter, dass eine gelingende Arbeit an der gymnasialen Oberstufe eine Schülerzahl voraussetzt, die es ermöglicht, ein attraktives Kursangebot zu gestalten und die begründete Gefahr besteht, dass die Konkurrenz einer weiteren Oberstufe zum Nachteil des gesamten Systems wird.
- Da Schulentwicklungsplanung immer auch die Folgewirkung einer Maßnahme ausloten muss und in der Stadt Rüsselsheim zwei Schulträger die Bildungslandschaft gestalten, müsste es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Schulträger sich absprechen. Dies war jedoch bis zur Sitzung der Schulkommission des Kreises nicht der Fall, so dass über denkbare Einwände des Schulträgers Rüsselsheim nicht beraten werden konnte. Darüber hinaus kann Schulentwicklung nur gelingen, wenn sie die fachlichen Kompetenzen aller Beteiligten zum Ausgangspunkt nimmt und in einem demokratischen Prozess zusammenführt. Sowohl im Bereich des Schulträgers Kreis Groß-Gerau als auch im Bereich des Schulträgers Rüsselsheim war es bisher gute Tradition, dass im Vorfeld von Planungen alle Interessengruppen gehört und beteiligt wurden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Schulträger Kreis Groß-Gerau jetzt von diesem bewährten Vorgehen abrückt und einen Beschluss ohne sorgfältiges Abwägen aller Aspekte und Argumente im Eiltempo fassen will.

Der GEW-Kreisverband fordert daher den Schulträger Kreis Groß-Gerau auf, auf die für März vorgesehene Beschlussfassung über eine weitere gymnasiale Oberstufe in Rüsselsheim zu verzichten und in einen offenen Dialog mit den Schulen der Bildungsregion einzutreten um zu überprüfen, welche Bedarfe aktuell bestehen und wie sie effizient gedeckt werden können. Insbesondere muss in den Gremien (Schulgemeinden, Schul- und Kreiselternbeiräte, Schulkommission, etc.) sowie in der Öffentlichkeit transparent geklärt werden, welchen Investitionen der Vorrang zu geben ist.

Für den Kreisvorstand der GEW Kreis Groß-Gerau

Bernd Heyl